561 Milliarden Euro Haushalt, 210 Milliarden neue Schulden, 150 Milliarden für die Rüstung – und das ist erst der Anfang. Wer den Sozialstaat retten will, muss den NATO-Kurs stoppen. Der Austritt ist die Konsequenz. Von **Sevim Dağdelen**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/261126_Hochruestungshaushalt_und_NATO_Austritt_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die aktuellen Haushaltsberatungen stehen unter dem Stern der NATO-Rüstungsvorgabe. Von den Grünen bis zur AfD ist man sich einig, perspektivisch die 5-Prozent-Vorgabe erfüllen zu wollen. Die Linke hatte einst im Bundesrat die Schuldenbremse entsprechend gelöst und damit ermöglicht, dass gigantische Kriegskredite zur Haushaltsfinanzierung aufgenommen werden konnten. Frei nach König Pyrrhus muss man angesichts der Kabinettsvorlage formulieren: Noch so ein Haushalt und ich bin verloren.

Der Rekordhaushalt und die Zerstörung des Sozialstaats

Diese Woche soll ein Rekordhaushalt mit 561 Milliarden Euro verabschiedet werden, davon allein neue Rekordschulden in Höhe von 210 Milliarden Euro, um die gigantischen Rüstungsausgaben von 150 Milliarden Euro nach NATO-Kriterien zu stemmen. Das sind allerdings erst 3,1 Prozent des BIP. Um die NATO-Vorgaben zu erreichen, werden in den kommenden Jahren deutsche Militärausgaben von 5 Prozent des BIP anvisiert – hochgerechnet auf 2026 rund 233 Milliarden Euro. Die Erfüllung der NATO-Kriterien heißt, dass der Sozialstaat in Deutschland zerschlagen wird. Bereits jetzt will die Bundesregierung bei Wohngeldempfängern, Pflegebedürftigen und Kranken massiv kürzen, um wenigstens einen Teil der Verschuldung wieder hereinzuholen. Bei anhaltend hoher Neuverschuldung würde die Bundesrepublik bei einer Gesamtschuldenquote von fast 90 Prozent landen.

Warum der NATO-Austritt unumgänglich ist

Wer sich dem Aufrüstungskurs der Bundesregierung verweigert und ein soziales Deutschland verteidigen will, der muss auf einen Austritt aus der NATO drängen. Die NATO ist entgegen ihrem Selbstbild weder Verteidigungs- noch Wertebündnis,

sondern vertritt allein US-Interessen. Ihre europäischen Mitglieder werden in die US-Kriegspolitik eingebunden und dazu angehalten, die Stellvertreterkriege der USA zu führen. In Palästina unterstützt die NATO den Völkermord Israels an den Palästinensern. Mit der Ukraine und den jüngsten Angriffen in der Ostsee, in Kaliningrad und in Libyen, die ohne Zutun des Militärpakts und seiner Mitglieder kaum möglich wären, erweckt die NATO den Anschein, aus dem Stellvertreterkrieg in einen offenen militärischen Konflikt mit Russland eskalieren zu wollen. Ein Austritt aus der NATO ist also mehr als geboten, will man sich nicht weiter an US-Kriegen, sozial zerstörerischer Aufrüstung und Kriegsvorbereitung beteiligen.

Gegen einen Austritt aus der NATO werden oft bestimmte untaugliche Argumente angeführt:

1. Die Bevölkerung in Deutschland stehe in hohem Maße hinter einer NATO-Mitgliedschaft. Angesichts der Beteiligung an der Eskalation im Osten erodiert diese Zustimmung jedoch zunehmend. Wie bei der Ablehnung der Ukraine-Hilfe stellt mittlerweile eine Mehrheit der Bevölkerung die Anwendung von Artikel 5 des NATO-Vertrags in Bezug auf die baltischen Staaten in Frage. Warum? Weil wie bei der Ukraine kein Vertrauen mehr da ist, dass man von diesen Staaten nicht in einen Krieg mit der Atommacht Russland gezogen werden soll.
2. Immer wieder wird angeführt, das Beispiel Spanien zeige doch, dass man sich selbst als NATO-Mitglied den NATO-Aufrüstungsvorgaben und der Unterstützung des Völkermords verweigern könne. Das stimmt – allerdings um den Preis eines Regimewechsels, den die USA und ihre Verbündeten mit Drohungen befördern und der in diesen Tagen wahrscheinlich mit einem Wahlsieg der trumpistischen Parteien PP und Vox umgesetzt werden wird. Die Botschaft ist klar: Wer NATO-Mitglied ist, verliert seine Souveränität. Wer sich den Vorgaben aus Washington verweigert, dessen Regierung wird ausgewechselt.
3. Als Scheinalternative zum NATO-Austritt wird oft auf eine Auflösung der NATO verwiesen. Die Crux dabei ist, dass diese Auflösung nur einstimmig vollzogen werden kann, also niemals kommen wird. In einem WikiLeaks-Kabel wird ein Besuch von Gregor Gysi beim amerikanischen Botschafter Murphy dokumentiert mit der Aussage, die linke Forderung nach einer Auflösung der NATO sei nicht ernst gemeint, da man ja wisse, dass diese nur einstimmig beschlossen werden könne. Wer die Forderung nach der Auflösung der NATO erhebt, will an den bestehenden Zuständen nichts ändern.

4. Als Alternative zum NATO-Austritt wird gerne auf de Gaulles Verlassen der militärischen Strukturen der NATO durch Frankreich verwiesen, während man in den politischen Strukturen verblieb. Eine Position, die sich heute die Präsidentschaftskandidatin des Rassemblement National, Marine Le Pen, zu eigen gemacht hat und die mit der Illusion hausieren geht, man könne, wenn man im NATO-Rat verbliebe, noch Schlimmeres durch ein Veto verhindern. Diese Position widerspricht allerdings aller Erfahrung. Denn gerade die aggressivsten Elemente der NATO, wie die Ost-Expansion und die Hochrüstung, sind in der politischen Struktur der NATO entschieden worden. Das Muster ist immer dasselbe: Die USA ordern und die anderen folgen. Unter de Gaulle hat Frankreich nicht ein einziges Mal ein Veto in der politischen Struktur eingelegt. Der Austritt aus den militärischen Strukturen des Völkermord-Pakts ist denn nichts als weiße Salbe.
5. Zu guter Letzt wird argumentiert, man sei im Grunde schon für einen NATO-Austritt, aber das müsse langfristig geschehen. Zerstörerische NATO-Aufrüstung, eigener Niedergang für die US-Hegemonie und Kriegsvorbereitung und Eskalation des Stellvertreterkrieges finden aber hier und jetzt statt. Das Argument des langfristigen NATO-Austritts dient denn oft nur dazu, die Bevölkerung nicht für einen Austritt aus dem Militärpakt mobilisieren zu wollen.

Souveränität statt Kriegsvorbereitung

Was aber wäre für Deutschland die Alternative zur aggressiven NATO, deren Generalsekretär der Bevölkerung erklärt, sie müsse sich auf einen Krieg vorbereiten? Die Alternative ist ein souveränes, neutrales und soziales Deutschland, das auf Abrüstungsvereinbarungen, Diplomatie und gute Beziehungen weltweit setzt, auch zu den BRICS-Staaten. Raus aus der NATO, aber schnell, das ist das Gebot der Stunde. Wer den Sozialstaat verteidigen und die Kriegsvorbereitung stoppen will, sollte sich für den umgehenden Austritt Deutschlands aus dem Militärpakt einsetzen. Und wenn argumentiert wird, ein so großes Land könne nicht neutral sein, der sei auf die blockfreien Staaten wie Brasilien oder Indien verwiesen. In anderen Staaten Europas, wie in Frankreich und Großbritannien, formiert sich eine Bewegung für einen Austritt aus der NATO. Der französische Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon etwa hat sich diese Forderung zu eigen gemacht, wie auch die linke Unterhausabgeordnete Zarah Sultana und die Grünen in England und Wales. Deutschland sollte dem nicht weiter nachstehen. Es braucht ein souveränes Europa, das Frieden mit Russland macht und nicht, wie es der deutsche Außenminister Wadephul formuliert hat, weiter der gefährlichen

Illusion eines Friedens gegen Russland nachgeht.

Titelbild: Qeeraw / Shutterstock